

"Der Euralist" in Süddeutsche Zeitung (29. Mai 2001)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. 29.05.2001. München.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_auralist"_in_suddeutsche_zeitung_29_mai_2001-de-6170c796-f6e5-4969-8756-b470440a9f4f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Der Euralist

VON RUDOLPH CHIMELLI

Begeisterung ist nicht die Sache Lionel Jospins. Zum Europäer wurde er aus Überzeugung, nicht in einer Aufwallung von grenzüberschreitendem Patriotismus. Es war deshalb zu erwarten, dass Frankreichs Premierminister sich bei seinem Entwurf für die Zukunft der EU nicht von der politischen Neubaufreude Bundeskanzler Schröders infizieren lassen würde. In Berlin herrscht wieder Gründerzeit, in Paris wird auf alter Substanz weiter gebaut – auch europapolitisch. Mit seiner Antwort auf die deutschen Visionen hat Jospin sich Zeit gelassen. Aber er war deutlich. Eine Gemeinschaft, in der die Nationen nur noch Gebilde wie deutsche Länder oder amerikanische Bundesstaaten wären, ist für Frankreich nicht akzeptabel.

Gleichzeitig erinnerte Jospin daran, dass die geplante EU-Reform in drei Jahren mit Einstimmigkeit beschlossen werden muss. Es geht nicht ohne Frankreich. Es geht natürlich auch nicht ohne Deutschland oder die anderen Mitglieder der Gemeinschaft. Aber wer eine Veränderung verhindern will, der sitzt am längeren Hebel. Er braucht nur "nein" zu sagen, worin Paris in dem knappen halben Jahrhundert seit Abschluss der Römischen Verträge gewisse Meisterschaft entwickelt hat. Einen solchen negativen Bescheid gab Jospin schon jetzt der von Schröder gewünschten Modifizierung der gemeinsamen Agrarpolitik, die so viel Geld kostet: Keine "Re-Nationalisierung" des Subventionswesens.

Fast auf den Tag genau 38 Jahre vor Jospins programmatischem Auftritt hatte Charles de Gaulle sein berühmtes Wort gesprochen: "Es kann kein anderes Europa geben als das der Nationen." Premier Jospin, der nächstes Jahr gern der fünfte Nachfolger des Generals im Elysée werden möchte, kann darauf hinweisen, dass Frankreich seither schon viele Souveränitätsrechte abgetreten hat, darunter die Währungshoheit. Diese Entwicklung geht mit Jospin weiter. Er ist kein Träumer, sondern Realist. Doch dass die Nation, ihre Kultur und ihre Lebensart nicht sterbende Überreste der Vergangenheit sind, darüber besteht in Frankreich weitgehend Konsens.

Seine Initiative hatte Jospin dem Kabinett nicht im voraus zur Billigung unterbreitet. Er wusste indessen, dass er auf Anti-Europäer in seiner linken Koalition Rücksicht nehmen muss. Unter ihnen sind nicht nur Kommunisten. Mit Präsident Jacques Chirac hatte sich der Regierungschef gleichfalls nicht abgesprochen. Doch er bezog kaum Distanz zur Haltung des Staatschefs. Dagegen hatte Jospin den einstigen Präsidenten der EU-Kommission Jacques Delors konsultiert, von dem er die Formulierung von einer "Föderation der Nationalstaaten" übernahm. Auch Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing macht der Premierminister zum pro-europäischen Kronzeugen seines Projekts.

Wo der Sozialist Jospin mehr Europa möchte, will er fast immer mehr Staat im Sinne von Reglementierung. Er wünscht sich eine Wirtschaftsregierung für die Euro-Zone, institutionalisierte wirtschaftliche Solidarität, einen europäischen Sozialpakt zugunsten der Arbeitnehmer, ein Gemeinschaftsstatut zum Verbraucherschutz, eine europäische Polizei sowie energische Förderung von Film und anderen Kulturgütern zur Vermeidung von Einförmigkeit. Denn Europa ist für ihn mehr als ein Markt und Kultur keine Handelsware. Beides sind wenig umstrittene Formeln unter Franzosen.

Obwohl es Jospin bei der Reform der EU-Institutionen mehr auf den Inhalt als auf das Gefäß ankommt, setzt er Schröders Ideen konkrete Vorschläge entgegen. Die Kommission soll einen Präsidenten erhalten, dessen politische Farbe der Mehrheit bei den Europawahlen entspricht. Die Staatschefs der EU sollen sich alle zwei Monate treffen und nach Vorschlägen von Kommission und Parlament ein mehrjähriges Regierungsprogramm für die Gemeinschaft ausarbeiten. Ihr Rat soll ferner das Recht erhalten, das Parlament aufzulösen, wenn damit eine politische Krise vermieden oder eine Patt-Situation aufgelöst werden kann. Als neues Organ der Gemeinschaft soll ein "Ständiger Ministerrat" geschaffen werden, in den die Mitgliedstaaten Vertreter im Rang stellvertretender Regierungschefs delegieren. Als Ziel proklamiert der Pariser Regierungschef eine europäische Verfassung. Aber auch darüber behalten, wie immer, die Staat-Nationen das letzte Wort.

Die deutsch-französischen Gegensätze, die schon auf dem letzten EU-Gipfeltreffen von Nizza sichtbar

wurden, haben sich nicht vertieft. Sie sind seither nur deutlicher artikuliert worden. Jospin kann sich darauf verlassen, dass er nicht allein steht, wenn er die Vorstellungen Schröders ablehnt. Auch Briten und Nordeuropäer wollen von einem europäischen Bundesstaat nach deutschem Muster nichts wissen. Ihre Motive sind allerdings ganz andere als die des Franzosen.

Paris sieht die Europäische Union als politische Gemeinschaft, jene betrachten sie eher als Freihandelszone. Dies gilt noch mehr im Hinblick auf die geplante Ost-Erweiterung. Obwohl sich keine neue Entente cordiale zwischen Lionel Jospin und Tony Blair abzeichnet, enthält ihre gemeinsame Opposition gegen Berlin ein nützliches Memento: Es ist für die Deutschen auch im 21. Jahrhundert nicht schwierig, Stimmen gegen sich zu mobilisieren.